

Grünflächenamt
Doris Hubert

**Bundesförderprojekt
"Ausbau der blau-grünen Infrastruktur im Grünzug Schützenpark"
Berücksichtigung naturschutzrechtlicher Belange im Planungsprozess**

**Hier: Stellungnahme der unteren Naturschutzbehörde (UNB)
zum Schreiben des Grünflächenamtes vom 03.12.25**

Die UNB hat keine grundsätzlichen Bedenken gegen das Gesamtvorhaben, vielmehr wird das Vorhaben zum "Ausbau der blau-grünen Infrastruktur im Grünzug Schützenpark" ausdrücklich begrüßt. Seitens der unteren Naturschutzbehörde sind folgende Anmerkungen zu machen:

A. Eingangsbereich ehemalige Jugendverkehrsschule

Da dieser Teil des Projektes im Geltungsbereich des B-Plans Nr. 690 liegt, kommt hier die Eingriffsregelung nicht zur Anwendung.

Sofern der eine zur Fällung vorgesehene Baum (Birke) im B-Plan Nr. 690 zum Erhalt festgesetzt ist, ist für die Fällung bei der Bauaufsicht ein Antrag auf Befreiung von der entsprechenden B-Planfestsetzung zu stellen.

Unabhängig davon ist die Birke nach der Kieler Baumschutzsatzung geschützt. Für die Fällung ist ein Baumfällantrag auf der Grundlage der Baumschutzsatzung bei der UNB zu stellen. Die erforderlichen Ersatzpflanzungen sollen gemäß aktueller Planung im Schützenpark gepflanzt werden. Die Baumfällgenehmigung wird seitens der UNB hiermit in Aussicht gestellt.

Der Bereich der ehem. Jugendverkehrsschule ist nachts vglw. dunkel und mit einer Ausnahme am nordwestlichen Rand frei von Bestandsleuchten, hier wird die Planung zu einer starken nächtlichen Aufhellung führen. Im Hinblick auf Lichtfarbe und -stärke hat die UNB am 08.10.25 eine Lichtmessung der einen Bestandsleuchte im Randbereich der ehem. Jugendverkehrsschule, der weiteren Bestandsleuchten westlich und nordwestlich der ehem. Jugendverkehrsschule sowie im übrigen Schützenpark durchgeführt – die wenigen Bestandsleuchten haben eine relativ natur- und insektenverträgliche Lichtfarbe von knapp 2.000 Kelvin.

Im Hinblick auf den gesetzlichen Artenschutz, den allgemeinen Biotopschutz und auch hinsichtlich des Planungsziels, mit dem Gesamtvorhaben auch die „Biotopqualität/Biodiversität“ zu verbessern, muss sich die zukünftige, erweiterte Beleuchtung der ehem. Jugendverkehrsschule an der Lichtfarbe von 2.000 Kelvin der Bestandsleuchten orientieren und ist insgesamt möglichst natur- und insektenverträglich umzusetzen.

Die ehem. Jugendverkehrsschule als auch der übrige Schützenpark (inkl. Schützenteich) sind mit ihren Insektenvorkommen artenschutzrechtlich essenziell bedeutsame Fledermaus-Jagdhabitats auch für besonders lichtempfindliche Arten (bspw. Braunes Langohr, Wasser- und Fransenfledermaus). Die ehem. Jugendverkehrsschule und der übrige Schützenpark sind Standorte baumgebundener Fledermausquartiere. Zudem ist für den ca. 50 m bis 90 m

breiten und ca. 1 km langen Schützenpark (inkl. ehem. Jugendverkehrsschule) auch für besonders lichtempfindliche Fledermausarten eine artenschutzrechtlich essenzielle Funktion als Flugstraße/-korridor zu berücksichtigen. Der weitestgehend nachts dunkle Schützenpark (inkl. ehem. Jugendverkehrsschule) verbindet als Flugkorridor innenstadtnahe baum- und gebäudegebundene Fledermaus-Quartierräume funktional auch mit besonders bedeutsamen Nahrungshabitaten westlich und nordwestlich des Westrings.

Das Schreiben des Grünflächenamtes vom 03.12.25 führt u.a. aus, dass die geplante Beleuchtung eine Lichtfarbe von 3.000 bis 2.700 Kelvin gemäß dem „Kieler Beleuchtungskonzept“ des Tiefbauamtes haben wird; mit 4 bis 5 m Höhe ist für die geplanten Leuchten eine wesentlich höhere Leuchtpunkthöhe im Vergleich zu den Bestandsleuchten vorgesehen und eine Nachtabstimmung (bspw. 01:00 bis 5:00 Uhr) ist nicht vorgesehen, sondern lediglich eine Dimmung im 50% im Zeitraum 23:00 bis 5:00 Uhr.

Vor dem Hintergrund der artenschutzrechtlichen Bedeutung des Schützenparks und der ehem. Jugendverkehrsschule würde mit der geplanten Beleuchtung gemäß dem „Kieler Beleuchtungskonzept“ des Tiefbauamtes verbotstatbeständlich gegen das artenschutzrechtliche Zugriffsverbot der Schädigung/Zerstörung streng geschützter Fortpflanzungs- und Ruhestätten des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG bezogen auf Fledermäuse verstoßen werden; zur Verwirklichung des Verbots ist die funktionelle Beeinträchtigung essenzieller Jagdhabitate oder Flugstraßen/-korridore ausreichend, da diese Teillebensräume für die volle ökologische Funktionsfähigkeit einer Gesamtlebensstätte (hier Fledermaus-Quartierräume) erforderlich sind. Die aktuelle Beleuchtungsplanung gemäß dem „Kieler Beleuchtungskonzept“ des Tiefbauamtes muss seitens der UNB abgelehnt werden.

B. Freianlagen im übrigen Schützenpark

Dieser Teil des Projektes liegt im baurechtlichen Außenbereich gem. § 35 BauGB, daher kommt hier die Eingriffsregelung zur Anwendung.

Bei dem geplanten Wegebau im Kronentrauf- und Wurzelbereich der Bestandsbäume ist der Baumschutz zu beachten.

Gemäß des Erläuterungsberichts von WES Landschaftsarchitektur wird in den Bereichen um Bäume, wo eine Überdeckung der Wurzeln mit Klinkerpflaster aufgrund der Höhenlage nicht möglich ist, eine wassergebundene Wegedecke hergestellt.

Darüber hinaus sind folgende technische Regeln zu beachten und einzuhalten:

- R SBB (Richtlinien zum Schutz von Bäumen und Vegetationsbeständen bei Baumaßnahmen, 2023 – Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen),
- DIN 18920 (Schutz von Bäumen, Pflanzenbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen – Deutsches Institut für Normung) und die
- ZTV-Baumpflege (Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Baumpflege 2017 – Forschungsgesellschaft Landschaftsentwicklung Landschaftsbau e.V.)

Daraus ergeben sich unter anderem folgende Hinweise zur Berücksichtigung:

- Es dürfen keine Bäume beeinträchtigt oder beschädigt werden.
- Öffentliche Grünflächen und Baumscheiben dürfen grundsätzlich nicht als Baustelleneinrichtungsfläche genutzt werden.
- Das Lagern und Abstellen von Fahrzeugen, Baumaterial, Bauschutt, Maschinen, Werkzeugen usw. im Kronentraufbereich (Krone + 1,5m) ist verboten.
- Abgrabungen, Ausschachtungen oder Aufschüttungen im Kronentraufbereich geschützter Bäume sind verboten.
- Das Ausschütten oder Verteilen von Ölen, Farben, Lacken, Kraftstoffen, Zementwasser usw. im Kronentraufbereich (Krone + 1,5m) ist verboten.
- Bäume im Bereich von Baustellen und Baustelleneinfahrten sind während der gesamten Bauphase gemäß DIN 18920 zu schützen (z.B. ortsfester Zaun 1,5m außerhalb der Kronentraufe).

- Weitere Auskünfte zum Baumschutz erteilen im Umweltschutzamt:
baumschutz@kiel.de, A. Franzen, Tel.: 0431 – 901 5827 und
 N. Dethloff, Tel.: 0431 – 901 3834

Die bestehende Geländemulde im Schützenpark östlich des Schützteichs soll als Regenwassermulde leicht vertieft hergerichtet werden. Den Ausführungen unter dem Punkt „Abgrabung“ entsprechend wird eine 72 m² große Fläche für die Regenwassermulde vglw. flach, ca. 12 cm tief ausgehoben; inklusive Anpassung der Randbereiche wird von insgesamt bis zu 10 m³ Aushub ausgegungen.

Solange die betroffene Bodenfläche nicht größer als 1.000 m² ist und die Aushubmenge nicht mehr als 30 m³ beträgt, ist gemäß § 11a LNatSchG SH keine Genehmigung durch die UNB erforderlich.

Die für die Neugestaltung geplanten Rodungen von Strauchbeständen sollen sich gemäß aktueller Planung auf eher kleinere Flächen und vornehmlich auf Randbereiche beschränken, dennoch stellen die Rodungen einen naturschutzrechtlichen Eingriff dar und bedürfen der Genehmigung durch die UNB. Entsprechend aktueller Planung soll der erforderliche Ausgleich durch Neupflanzungen im Schützenpark ausgeglichen werden. Ausgleichserfordernisse, die nicht im Schützenpark durch Neupflanzungen umgesetzt werden können, sollen andernorts ausgeglichen oder durch Ersatz kompensiert werden.

Gemäß § 11 LNatSchG SH entscheidet die UNB über den Ausgleich. Hierfür sind Unterlagen mit einem separaten Lageplan, der die Rodung im m² darstellt, erforderlich. Des Weiteren ist in dem Lageplan darzustellen, auf welchen Flächen im Schützenpark Strauchflächen ergänzt oder neu hergestellt werden, die als Ausgleich herangezogen werden können. Vorbehaltlich noch vollständig einzureichender Unterlagen, kann die Genehmigung für die mit den Rodungen verbundenen Eingriffe in Aussicht gestellt werden.

Im Hinblick auf die geplante Ver- und Entsiegelung durch die geänderte Wegführung und die Änderung der Beläge, ergibt sich bilanziert insgesamt ein Ausgleichserfordernis von ca. 733 m². Das Ausgleichserfordernis kann durch die Entsiegelung im Bereich der ehem. Jugendverkehrsschule ausgeglichen werden.

Hinsichtlich des Planungsziels, mit dem Gesamtvorhaben auch die „Biotopqualität/Biodiversität“ zu verbessern, dürfen sich die negativen Beleuchtungswirkungen auf die Nachtnatur im Schützenpark nicht erhöhen. Bei einem etwaigen zukünftigen Austausch der Leuchtmittel (ggf. Umrüstung auf LED-Technik) darf die Lichtfarbe der neuen Leuchtmittel die Lichtfarbe der Bestandsleuchten nicht übersteigen (max. 2.000 Kelvin). Zusätzliche oder anders intensivierte Beleuchtung würde gegen das artenschutzrechtliche Verbot des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG bezogen auf Fledermäuse verstoßen (siehe oben, A. Eingangsbereich ehemalige Jugendverkehrsschule).

C. Entschlammung des Teiches

Die ca. 1.200 m² große Baustelleneinrichtungsfläche ist temporär und aktuell für ca. 4 Monate geplant. Die Flächeninanspruchnahme stellt aufgrund der Größe und der Dauer einen naturschutzrechtlichen Eingriff dar, der einen Ausgleich erforderlich macht. Die Genehmigung hierfür kann durch die UNB erfolgen, sobald im weiteren Verlauf die Ausführungsplanung hinreichend konkret ist und die erforderlichen Unterlagen vollständig vorliegen.

Bei der geplanten Einrichtung der Baustraßen besteht ein Konflikt mit den Vorgaben zum Baumschutz (s.o.). Im Kronentraufbereich der Bäume sollen Baufahrzeuge fahren, dies kann zu Schädigungen der Baumkrone und des Wurzelbereiches führen. Entsprechend sind Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen bei der Ausführungsplanung zu berücksichtigen und mit der UNB/Baumschutz abzustimmen.

Im Hinblick auf den gesetzlichen Artenschutz ist bei der Teichentschlammung von besonderer Bedeutung, dass das Gewässer und seine Randbereiche von mehreren

Wasservogelarten zur Brut und Jungenaufzucht genutzt werden; das Gewässer und seine Randbereiche sind gesetzlich geschützte Fortpflanzungs- und Ruhestätte im Sinne des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG. Im Hinblick auf das Schädigungs-/Tötungsverbot des § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG bezogen auf Brutvögel ist die Entschlammung außerhalb der Brutzeit bzw. im Zeitraum 01. Oktober bis Ende Februar durchzuführen. Außerhalb des Zeitraums wären zur Vermeidung des Schädigungs-/Tötungsverbots vorbereitende und begleitende artenschutzrechtliche Vermeidungsmaßnahmen zu entwickeln und mit der UNB abzustimmen. Die aktuelle Planung sieht vor, die Arbeiten am und im Teich außerhalb der Brutzeit bzw. im Zeitraum 01. Oktober bis Ende Februar durchzuführen, um hier Konflikte mit dem gesetzlichen Artenschutz zu vermeiden. Vorbereitende Arbeiten, die nicht mit relevanten Wirkungen auf den Teich verbunden sind (bspw. Einrichtung Baustelleneinrichtungsfläche) können auch vor dem Ende der Brutzeit ausgeführt werden.

Petra Harmeling Christoph Stolle